

FREIBERUFLER-TICKER vom 7. August 2020

1. BMWi-Förderprogramm „Digital Jetzt“

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) bietet ab 7. September 2020 kleinen und mittleren Unternehmen mit mindestens drei Beschäftigten ein [neues Programm zur Investitionsförderung](#) mit finanziellen Zuschüssen an. Zuschüsse gibt es für Investitionen in digitale Technologien sowie Investitionen in die Qualifizierung der Beschäftigten zu Digitalthemen. Das Antragsstellungstool wird am 7. September 2020 freigeschaltet. Der Antrag auf Förderung ist bis einschließlich 2023 zu stellen.

2. Dashboard Digitalpolitik ab Herbst

Das Dashboard Digitalpolitik, das die Fortschritte der digitalen Umsetzungsstrategie der Bundesregierung veranschaulichen soll, soll in einer ersten Ausbauphase im Herbst 2020 als integraler Bestandteil der Internetseite www.digital-made-in.de verfügbar sein. Dies kündigt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/21073](#)) auf eine Kleine Anfrage an, über die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche berichtete. Derzeit befindet sich das Dashboard in der technischen Entwicklung. Auch die konkreten Inhalte werden derzeit erarbeitet.

3. Krisenmonitor zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung des Statistischen Bundesamtes

Die Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaft abrupt gebremst und sich mittlerweile auch deutlich auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt, so der [Krisenmonitor](#) des Statistischen Bundesamtes, über den das Bundesamt mit [Pressemeldung](#) vom 5. August 2020 berichtete. Der Bericht stellt neben anderen Konjunkturindikatoren das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Erwerbstätigen im Krisenvergleich dar. Das BIP fiel im zweiten Quartal 2020 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 10,1 Prozent zweistellig gegenüber dem Vorquartal (nach minus 2,0 Prozent im ersten Quartal 2020). Auch die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ging saisonbereinigt ungewöhnlich stark um 1,4 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2020 zurück (nach 0,0 Prozent im ersten Quartal 2020). Mit diesem abrupten und steilen Absturz der wirtschaftlichen Leistung und der Zahl der Erwerbstätigen unterscheidet sich die aktuelle deutlich von der letzten weltweiten wirtschaftlichen Krise. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 setzte eher schleichend ein und wirkte sich zunächst nicht erkennbar auf den Arbeitsmarkt aus.

4. Bundesregierung zur Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts

Das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) enthält bereits heute umfassende Möglichkeiten, durch Tarifvertrag oder behördliche Genehmigung von den Grundnormen abzuweichen, und öffnet damit einen weiten Rahmen für die Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodelle. Das betont die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/21294](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/21028](#)), über die der Deutsche Bundestag mit Meldung vom 5. August 2020 berichtete. Die mit der COVID-19-Arbeitszeitverordnung zeitlich befristet ermöglichten Abweichungen von den Grundnormen des Arbeitszeitgesetzes für bestimmte Tätigkeiten dienen ausschließlich der Bewältigung der außergewöhnlichen Situation der COVID-19-Pandemie. Lange Arbeitszeiten, verkürzte Ruhezeiten und die Verschiebung der Ruhezeit können negative Auswirkungen auf die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer haben. Daher befürwortet die Bundesregierung eine dauerhafte Ausweitung der Abweichungsmöglichkeiten von den Grundnormen des ArbZG aus Gründen des Arbeitsschutzes nicht, heißt es in der Antwort weiter.

5. BAFöG-Statistik 2019

Laut [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes vom 3. August 2020 ging der Anteil der Geförderten im Jahr 2019 um 6,4 Prozent zurück. Insgesamt haben in Deutschland 680.000 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten. Das waren 47.000 Personen weniger als im Vorjahr (minus 6,4 Prozent). Die BAFöG-Leistungen gingen an 388.000 Frauen (57 Prozent) und 292.000 Männer (43 Prozent). Circa 191.000 der Geförderten waren Schüler und 489.000 Studierende. Die Zahl der geförderten Schüler ging im Vergleich zum Vorjahr um 8,7 Prozent zurück, die Zahl der geförderten Studierenden um 5,5 Prozent.